

# Helmut Seifen, OStD i.R.

---

Gronau 22.11.2022

## Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion Landtag NRW (Drs. 18/60):

**„Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!“**

Der Antrag bewegt sich gedanklich weiterhin im Covid-19-Pandemiekonstrukt der letzten zweieinhalb Jahre, das geprägt war von der Vorstellung, mit Covid-19 einer für weite Bevölkerungsteile derart gefährlich-tödlichen Krankheit ausgesetzt zu sein, dass damit starke bis sehr starke Grundrechtseinschränkungen gegenüber der Bevölkerung geboten und zu rechtfertigen seien. Bundesregierung und Landesregierungen verfügten durch Schul- und Kitaschließungen massive Einschränkungen sozialer Begegnungen mit zum Teil wochenlanger Isolierung von Familien oder von einzelnen Menschen in Heimen und Krankenhäusern, verfügten Berufs- und Beschäftigungsverbote für zahlreiche Branchen, Ausgehverbote, Zutrittsverbote zu Gebäuden wie z.B. Schulen und Kitas, Zutrittsverbote für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Ungeimpften und / oder Menschen ohne einen Genesungsnachweis zu zahlreichen Veranstaltungen. Da, wo menschliche Begegnungen stattfinden durften, Zwang das Abstandsgebot und der Maskenzwang häufig zur Reduktion des sozial-physischen Erlebens. Diesen Verfügungen wurden durch das Votum der jeweiligen legislativen Körperschaften Gesetzescharakter verliehen.

Über die Eignung, Erforderlichkeit und Angemessenheit all dieser Grundrechtseinschränkungen wurden im Vorfeld keine wissenschaftlichen oder auch nur fakten-sichere Erkenntnisse generiert. Sämtliche Grundrechtseinschränkungen wurden getroffen lediglich aufgrund von Vermutungen über die Lebensgefährlichkeit einer Covid-19-Infektion und von Vermutungen über die Überbelastung des Gesundheitswesens. Anders als über die Wirksamkeit der Maßnahmen gab es bereits kurz nach Einsetzen der Coronamaßnahmen valide Erkenntnisse über die psychisch-physiologischen Schäden, welche die Schließung von sozialen Begegnungsstätten und das Verbot oder die Reglementierung sozialer Kontakte hervorriefen. Trotz zahlreicher Hinweise medizinischer Fachgesellschaften und hochdekorierter Mediziner auf die gravierenden gesundheitlichen Schäden, die durch die Coronamaßnahmen gerade bei Kindern und Jugendlichen hervorgerufen werden, wurden die einschränkenden Maßnahmen erst sehr spät und auch nur schrittweise zurückgenommen. Ein normaler Betrieb von Schulen und Kitas war im Grunde erst seit dem Sommer 2021 möglich. Die Zögerlichkeit bei der Rückkehr zum Normalbetrieb von Kitas und Schulen verhinderte auch nicht die sich schnell abzeichnende Erkenntnis, dass die Kinder und Jugendlichen

kaum von einer Covid-19-Infektion betroffen waren und selbst auch keine relevante Rolle für die Weiterverbreitung der Krankheit spielten.

35 Diese bereits seit zwei Jahren bekannten Fakten sind nun auch durch den Abschlussbericht der Corona-KiTa-Studie<sup>1</sup> vom 02. November 2022 wissenschaftlich erfasst und ausgewiesen.

Der vorliegende SPD-Antrag konnte bei seiner Erstellung die Ergebnisse dieser Studie noch nicht berücksichtigen. Er bewegt sich in seinen Forderungen und seinen Argumentationen immer noch im bisherigen Maßnahmenkatalog bei der Bekämpfung von  
40 Covid-19-Erkrankungen, nämlich der Einschränkung und Minimierung sozialer Kontakte, allerdings unter Berücksichtigung der schweren bis schwersten Schäden, die man Kindern, Jugendlichen sowie den Familien durch die rigorose langwierige Schließung von Kitas zugefügt hat. Insofern besteht die Hauptforderung des Antrags darin, Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie  
45 Förderschulen zur kritischen Infrastruktur zu erklären, um damit Schließungen dieser Institute ausschließen zu können. Damit macht sich der SPD-Antrag eine Forderung zu eigen, die von zahlreichen Fachleuten und von wenigen Politikern bereits im Jahre 2020 in die Öffentlichkeit getragen worden ist, um die schweren gesundheitlichen Schädigungen von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden und den Kindern  
50 ein soziales Leben zu ermöglichen, das sie für ihre Gesundheit und gesunden Entfaltung ihrer Persönlichkeit benötigen.

Unberücksichtigt lässt der SPD-Antrag offensichtlich die Erkenntnisse der Kita-Studie, dass Kinder und Jugendliche keine Pandemietreiber und nur sehr gering vom Krankheitsgeschehen betroffen gewesen sind. Insofern enthält der SPD-Antrag zahlreiche  
55 Einzelforderungen, die dem bisherigen Pandemiekonstrukt Rechnung tragen und Folge leisten unter der Bedingung weiterhin geöffneter Kindertagesstätten und Schulen. Aufgrund des Berichtes der Kita-Studie sind die meisten dieser Forderungen obsolet, sie sind aber auch sich heraus wenig bis gar nicht zielführend.

Mit der Aufrechterhaltung von Teststrategien und eines Maskenzwangs auch nur für  
60 einen bestimmten Personenkreis der jeweiligen Kita- oder Schulgemeinde setzt sich weiterhin der Mechanismus fort, der zu den Angstszenerarien geführt hat, von denen besonders die Kinder und Jugendlichen psychisch, aber auch körperlich beeinträchtigt worden sind. Die geringe Anzahl der positiven Testergebnisse bei all den Testdurchführungen über Monate hinweg und die schwere gesundheitliche Beeinträchtigung  
65 durch das Maskentragen<sup>2</sup> lassen nur die Entscheidung zu, auf diese beiden Maßnahmen vollkommen für alle Beteiligten zu verzichten. Die freiwillige Handhabung dieser Maßnahmen bei Erwachsenen ist selbstverständlich diesen überlassen.

---

<sup>1</sup> Kindertagesbetreuung und Infektionsgeschehen während der COVID-19-Pandemie  
<https://corona-kita-studie.de/aktuelles/abschlussbericht-der-corona-kita-studie-liegt-vor>

<sup>2</sup> <file:///C:/Users/Helmut%20Seifen/Downloads/offener-brief-gegen-mundschutzpflicht-an-schulen-100-1.pdf>

<sup>2</sup> <https://www.martin-hirte.de/wp-content/uploads/2020/09/Wider-die-Maskenpflicht-1-1.pdf>.

<sup>2</sup> [https://www.uniklinikum-leipzig.de/presse/Seiten/Pressemitteilung\\_7089.aspx](https://www.uniklinikum-leipzig.de/presse/Seiten/Pressemitteilung_7089.aspx)

Die im Antrag geforderten strukturellen Maßnahmen zur „Krisenbewältigung“ im Pandemiefall helfen im Grunde wenig bis gar nichts zur Bewältigung von Alltagskrisen in Kitas und Schulen oder sind bereits Bestandteil der Struktur von Schulen oder Kindertagesstätten.

So gibt es bereits seit dem 01. August 2014 von Seiten des Ministeriums „Empfehlungen zu Strukturen, Aufgaben und Verfahrensweisen des Schulpsychologischen Krisenmanagements in Schulen in Nordrhein-Westfalen“<sup>3</sup>, die auch weiterentwickelt worden sind. Schulische Krisenteams wurden bereits vor Jahren in den Schulen des Landes zusammengestellt, in den Bezirksregierungen und Schulämtern sind Dezenten als Ansprechpartner in Krisen ausgewiesen, und der Notfallordner aus dem Schul- und Bildungsministerium steht allen Verantwortlichen zur Verfügung. Krisenbeiräte, wie sie der SPD-Antrag vorschlägt, sind deshalb nicht erforderlich, wohl auch nicht effizient genug in ihrer Arbeit, wenn man sich die Zusammensetzung anschaut. Bedürfnisse von Schülern und Eltern werden bereits von deren Vertretungsorganen formuliert und in die schulischen Entscheidungen eingebracht.

Nicht realitätskonform ist die Vorstellung, regelmäßig außerschulische Lernorte zur Betreuung oder gar Unterrichtung von Schülern ins Auge zu fassen. Unberücksichtigt bleibt bei dieser Forderung, welche Bedeutung ein Unterrichtsraum für das kognitive Arbeiten und für das soziale Miteinander hat. Die Räume in Schulen und Kitas sind nicht einfach irgendwelche Räume, sondern für den Unterricht und die Betreuung von Kindern und Jugendlichen hergerichtet. Diese Herrichtung lässt sich nicht so einfach in kurzer Zeit für beliebig andere Räume schaffen. Völlig unmöglich ist das dann sowieso für die jeweiligen Fachräume. Auch die personelle Betreuung von gesplitteten Lerngruppen wird sich als großes Problem erweisen. Denn die Teilung von Lern- oder Betreuungsgruppen erfordert wesentlich mehr Personal. In einer Zeit des Lehrermangels und des Mangels an Erziehern in Kitas ist nicht zu sehen, wie dieser Personalbedarf gedeckt werden könnte. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Transport- bzw. Wegeaufwand für die ausgelagerten Schüler – oder Kitagruppen. Wer sich im schulischen Alltag auskennt, wird über die einzelnen logistischen, versicherungstechnischen und aufsichtsverpflichtenden Voraussetzungen unterrichtet sein. Zur Abwehr einer Erkrankung, die erwiesenermaßen Kinder und Jugendliche glücklicherweise so gut wie gar nicht berührt, schon gar nicht gefährdet, ist also der Aufwand für eine Maßnahme mit so vielen Imponderabilien nicht gerechtfertigt. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, mit welchen Interessen anderer Institutionen die Besetzung außerschulischer Räume durch Schüler und Kitagruppen kollidiert.

Die Forderungen, die sich auf den Ausbau von Stellen für Schulseelsorger, Schulpsychologen oder Schulsozialarbeiter sowie Alltagshelfer beziehen, sollten völlig unabhängig von der Pandemiekonstruktion der letzten zwei Jahre in den Blick genommen werden. Die personelle Situation in Kitas und Schulen sind völlig unabhängig von den

---

<sup>3</sup> <https://www.schulministerium.nrw/sites/default/files/documents/Empfehlungen-Krisenintervention.pdf>  
[https://www.bezreg-muenster.de/de/schule\\_und\\_bildung/gesundheit\\_krisenmanagement\\_an\\_schulen/Krisenmanagement\\_an\\_Schulen/index.html](https://www.bezreg-muenster.de/de/schule_und_bildung/gesundheit_krisenmanagement_an_schulen/Krisenmanagement_an_Schulen/index.html)

Verwerfungen durch die Coronamaßnahmen zum Teil prekär, sodass für die Verbesserung der Betreuungssituation gerade im personellen Bereich einige Anstrengungen unternommen werden müssen. Diese Anstrengungen müssen aber von einer anderen  
110 Warte aus in Angriff genommen werden. Die Situation einer Pandemiekonstruktion eignet sich nicht dafür, Personalbedarfe zu eruieren und Stellen einzurichten. Hier müssen die Aufgaben von Betreuung, Erziehung und Bildung den Ausschlag geben für eine angemessene und auskömmliche Stellenbewirtschaftung und Personalrekrutierung. Insofern stehen die in diesem Antrag aufgestellten Forderungen nach Personalbeschaffung in einem unzutreffenden Zusammenhang.  
115

In diesem unzutreffenden Zusammenhang wird auch die Forderung nach einer Optimierung der Digitalausstattung von Schulen und Kitas gestellt. Dass die Verwendung von digital gesteuerten Instrumentarien für Verwaltungsaufgaben in Schulen und Kitas sowie für den gesamten Bildungs- und Erziehungsprozess in Schulen sinnvoll  
120 ist und benötigt wird, muss nicht weiter erläutert werden. Aber auch hier hat die Zeit der Schul- und Kitaschließungen für jeden begreiflich gemacht, dass der kommunikative und soziale Austausch im Bildungs- und Erziehungsprozess aus der physischen Distanz heraus allein mit Hilfe digitaler Instrumente zu erheblichen Störungen und Mängeln in der kognitiven, sozialen und psychischen Entwicklung führt. Die Erkenntnis von der Unverzichtbarkeit und sogar Vorrangigkeit analoger Kommunikation und  
125 Begegnung für den gesamten Bildungs- und Entwicklungsprozess von Kindern und Jugendlichen muss dazu führen, dass digital gesteuerte Medien eben als das betrachtet werden, was sie sind: ein zusätzliches Instrument zur medialen Gestaltung von Unterrichts- und Lernprozessen, die aber grundsätzlich auf analoger Ebene ablaufen. In den  
130 Kitas und Grundschulen sollten die Kinder überhaupt noch nicht mit digitalen Endgeräten arbeiten, weil sie zur Ausbildung und Entwicklung ihrer kognitiv-motorischen Fähigkeiten alle Möglichkeiten sinnlicher Erfahrungen in einer analogen Welt benötigen. Insofern sind auch Forderungen nach einer Optimierung der digitalen Ausstattung von Schulen und Kitas aus dem Zusammenhang eines Pandemiekonstruktes zu lösen. Die Ausstattung von Schulen und Kitas mit digitalem Equipment sollte ausschließlich im Sinne einer notwendigen Arbeitserleichterung bei Verwaltungsaufgaben und einer sinnvollen Gestaltung von Bildungs- und Erziehungsprozessen vorgenommen werden.  
135

Insofern fehlt der Hauptforderung des Antrags, „Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen... sowie Förderschulen zur kritischen Infrastruktur“ zu entwickeln, um unter anderem personelle und sächliche Ausstattungsvorhaben anzugehen und Distanzmaßnahmen vorzubereiten, ein logisch nachvollziehbares Bedürfnis.  
140

Die am 2. November veröffentlichte Kita-Studie weist überzeugend darauf hin, dass eine unspektakuläre Weiterführung von Kitas im Normalbetrieb die einzig verantwortbare Haltung zur Wahrung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist.  
145

J. Seifert